

Kronen) sind überhaupt nur 40,9 Prozent der Ausgaben gedeckt. Die Einnahmen aus den öffentlichen Abgaben allein (1080,1 Millionen Kronen) bleiben weit hinter dem Personalaufwand (1400 Millionen Kronen) zurück und betragen rund nur ein Drittel der Ausgaben für soziale Maßnahmen und Kriegsmaßnahmen (8070,5 Millionen Kronen). Von Interesse ist auch der Versuch, den wirtschaftlichen Erfolg der Monopole und Staatsbetriebe zu schätzen; nach der dort abgedruckten Tabelle ergeben die Monopole einen voraussichtlichen Ertrag von 255,5 Millionen Kronen (hieben Tafel allein 210,5 Millionen Kronen), hingegen die Staatsbetriebe ein Defizit von 385,2 Millionen Kronen (hieben Staatsbahnen allein 415,5 Millionen Kronen, Post 165,2 Millionen Kronen). Da sich nach dem Staatsvoranschlag 1919/20 für die in deutschösterreichischer Verwaltung stehenden Gebiete allein („klein-Österr“) ein Abgang von rund 4000 Millionen Kronen für das ganze Vermögensjahr 1919/20 ergibt, im Budgetprovisorium aber vorläufig nur für die Bedeutung des in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1919 sich ergebenden Abgangs durch Kreditoperationen bis zum Maximalbetrag von 2000 Millionen Kronen vorgesorgt ist, wurde entsprechend dem für das ganze Vermögensjahr 1919/20 veranschlagten obigen Abgang die Erweiterung der Kreditemächtigung bis zum Maximalbetrag von 4000 Millionen Kronen im Artikel 5, Absatz 1 Punkt 1, des vorliegenden Finanzgesetzesvorschusses angesprochen.

Die Auswirkungen des Friedensvertrages.

In dem vorgelegten Staatsvoranschlag ist selbstverständlich auf die Auswirkungen des Friedensvertrages nicht Bedacht genommen. Wenn der Friedensvertrag nach den Bestimmungen des österreichischen Entwurfs tatsächlich geschlossen werden sollte, so werden seine Rückwirkungen auf die Staatsfinanzen, den Staatshaushalt und die gesamte Volkswirtschaft so ungeheuerlich sein, daß ihre finanzielle Tragweite sich derzeit überdrüßt nicht überblicken oder auch nur annähernd abschätzen läßt. Es wäre daher rechtlich ganz unmöglich gewesen, schon jetzt die Wänderungen, die der Staatsvoranschlag durch den Friedensvertrag erleiden wird, ziffermäßig zu erfassen oder auch nur annähernd abzuschätzen. Außerdem müssen wir ja hoffen, daß die Friedensbedingungen doch noch eine Änderung erfahren werden. Aus diesen Gründen muß zunächst jedenfalls der Abschluß des Friedensvertrages und seine Ratifizierung abgewartet werden. Erst nach der Ratifizierung und erst dann, wenn der finanzielle Effekt des Vertrages für jedes einzelne Recht und für die Gesamtirtschaft festgestellt sein wird, kann ein Nachtrag zum Staatsvoranschlag entwurf für 1919/20 ausgearbeitet und der Nationalversammlung vorgelegt werden.

Neuerliche Einnahmen und Ausgaben.

Staatssekretär Dr. Schumpeter berichtet sodann auf den beständigen Unterschied zwischen den steuerlichen Einnahmen, die nur circa 1½ Milliarden ausmachen und mit denen daher nur der vierte Teil der Staatsausgaben gedeckt werden kann. Es muß daher das Neukredit getan werden, um einen Zusammenbruch zu vermeiden. Was das Defizit angeht, so wird für die Dauer von dem Betrage von 4 Milliarden eine Summe abzuziehen sein, die auf 2½ Milliarden zu schätzen ist, nämlich jene Ausgaben, die man als temporäre ansieht. Wir dürfen aber nicht die Gesamtsumme von 2½ Milliarden von diesen 4 Milliarden abziehen, weil auch unter den Einnahmen eine gewisse Summe — gegen 300 Millionen Kronen — temporären Charakter tragen. Es bleiben also 2½ Milliarden abzuziehen, so daß von dem Defizit 1½ Milliarden übrig bleiben würden. Dieses Defizit ist zunächst noch etwas zuverlässiger. Ich werde nicht darauf eingehen können, was ich Ihnen dargelegt hätte, wenn diese Friedensbedingungen nicht jede Finanzpolitik für unsere Zukunft zerstört hätten, aber ich kann sagen, daß das Resultat dieser Darlegungen wäre, daß wir in ungefähr drei Jahren mühevoller Arbeit uns hätten aus der Defizitwirtschaft herausarbeiten können. Um unser Budget ins Gleichgewicht zu bringen, müßten wir sodann unsere Nettoeinnahmen auf 2½ Milliarden erhöhen, d. i. ein Beitrag, den Deutschösterreich bei der jetzigen Geldwertverlust schon aufzutragen könnte. Deshalb komme ich zu dem Schlusse, daß, wenn wir von außen nichts zu fürchten hätten, bei uns von einem Bankrott gar keine Rede sein könnte (?), daß es nach drei Jahren gelingen wäre, ein Budget zu gewinnen, das für wieder fehren lassen kann. Diese Arbeit wollte ich heute bei Überreichung des Budgets festlegen. Es muß aber nichts, den Weg zu erörtern, den ich Ihnen vorgezogen hätte, nun, da dieser Weg durch die Friedensbedingungen ganz unmöglich, da jeder Weg für eine rationelle Finanzwirtschaft ganz zerstört ist. Falls diese Friedensbedingungen nicht einschneidende Wänderungen zu unseren Gunsten erfahren würden, müßten wir zu ihrer Erfüllung unsere Einnahmen von 1½ Milliarden nicht bloß auf 2½ Milliarden, sondern mindestens auf das Vierfache steigern. Daß dies aber ganz unmöglich ist, brauche ich wohl nicht nachzuweisen.

Das Todesurteil der Entente.

Staatssekretär Dr. Schumpeter bespricht sodann die Friedensbedingungen der Entente, die ihm ein Rätsel sind, es sei denn, daß sie ein „beabsichtigtes Todesurteil“ darstellen. Die Art der Auflösung der Kriegsschulden, noch vielmehr aber die der Kriegsschulden steht im grundsätzlichen Widerspruch zu unserer Leistungsfähigkeit. Wir sollen u. a. auch noch eine Kursgarantie für das neue Ausland eingehen, die jede Fortsetzung an uns zu einem guten Geschäft macht. Während wir aber nun so überlastet werden, wird uns gleichzeitig unsere Steuerlast dadurch so sehr gelähmt, daß es jedem freistehet, sich, wenn diese Bedingungen ratifiziert werden, einfach als Bürger eines anderen Staates zu erklären. Bei uns mindestens es ja schon von Tschecho-Slowaken usw. die es noch vor kurzem nicht waren.

Abg. Stocker: Polnische Juden! (Rufe: Und ungarnische!)

Abg. Strider: Sie haben Ihnen ja die Staatsbürgerschaft verweigert!

Dr. Schumpeter: Wir haben unter solchen Umständen einerseits zu fürchten, daß jeder, der ein geeignetes Steuersubjekt wäre, von hier abströmt, zu einer Zeit, wo ganz ungeheure Lasten aufgeschoben werden, denen wir unter keinen Umständen gewachsen sein könnten. Diese Dinge sind notorisch, und es ist nichts leichter, als sich davon zu überzeugen. Wenn sich die Welt diesem Argumente versöhnt, wenn sie ein Volk zum wirtschaftlichen Tode verurteilt, lediglich auf die Rangliste seiner Gegner hin, so ist das eine Tribolität, wie sie die Geschichte kaum oder wenigstens seit Jahrhunderten nicht gelernt hat. Wenn dieser Vertrag in Kraft treten sollte, der an sich schon deshalb absurd ist, weil durch ihn alles schlecht wird, sogar die Forderungen, die die Entente selbst an uns hat, so läßt dieser Vertrag keinen Ausweg und keine Hoffnung übrig, welches System immer wir eingeschlagen. Ich habe mich daher davon enthalten, in die Details des Budgets einzugehen, insbesondere die Details für die Pläne für die nächsten drei Jahre zu entwideln. Was mit diesen Plänen zu geschehen hat, das wird zu überlegen sein, sobald wir das definitive Machtgebot vor uns haben. Unterdessen möchte ich sagen, daß das Budget, so wie es vorliegt — und das möchte ich der ganzen Welt sagen, wenn ich könnte, — kein Grund gewesen wäre zum Verzweifeln, daß der Umstand, daß wir vielleicht an unserer Zukunft verzweifeln müssen, nicht von uns kommt, sondern nur von außen her. (Lebhafte, anhaltender Beifall und Händeschütteln.) — Der Staatssekretär wird beglückwünscht.

Der Staatsvoranschlag.

Staatssekretär Dr. Schumpeter sprach heute in der Nationalversammlung über das Budget für das Jahr 1919/20. Dr. Schumpeter kam zunächst auf die Friedensbedingungen von St.-Germain zu sprechen, die das Budget in seinen Grundsätzen erfüllt hätten. Der Staatsvoranschlag weise für Innerösterreich 6½ Milliarden Ausgaben und 2½ Milliarden Einnahmen auf. Daraus ergibt sich ein Defizit von 4 Milliarden, d. i. eine Summe, die bis Mitte des nächsten Jahres eine ganz wesentliche Erhöhung nach oben hin erfahren wird. Bezüglich der einzelnen Posten des Budgets führte der Staatssekretär für Finanzen sodann u. a. folgendes aus

Die sozialen Lasten.

Wenn wir die Posten des Budgets überfliegen, fallen uns einige durch ihre Größe besonders in die Augen. Lieber drei Milliarden gibt der Staat für soziale Maßnahmen aus. Vor allem ist hieron die Aktion für die Verbesserung von Lebensmitteln zu erwähnen, die bisher mit 1380 Millionen präliminiert ist. Die Aktion ist selbstverständlich ganz unzureichend gegenüber dem, was unser Volk brauchen würde, um in den Besitz seiner physischen Kräfte zu kommen und nach allen Seiten des Krieges wieder arbeitsfähig zu werden. Trotzdem ist diese Summe so groß, daß sie auf Dauer für uns vollkommen unerträglich werden wird. Eine Summe von 427.000 Kronen ist für den Staat des Heereswesens eines so kleinen Staates präliminiert, 560 Millionen ist das Betriebsdefizit für Post und Eisenbahnen, davon 180 Millionen für Post — ein ganz außerlicher Beitrag. Zu der Milliarde für Liquidationsausgaben, von welcher natürlich weitauß der größte Teil auf den Dienst der Staatschulden entfällt, kommen wir dadurch, daß wir 24% der gesamten Liquidationsausgaben Bölethaniens in unser Budget eingesetzt haben. Die gesamten Schulden Bölethaniens, ausländische Schulden, Balutschulden inbegriffen, betragen ungefähr 88 Milliarden, d. h. sie erfordern für Verzinsung und Tilgung ungefähr 8½ Milliarden jährlich. Daraus haben wir 24% angezehrt. Nach dem, was uns in den österreichischen Bedingungen zugemutet wird, ist diese Ziffer natürlich sehr unverträglich. — Dr. Schumpeter kommt des weiteren auf die Entwertung des Geldes zu sprechen, die als eine Folge unserer gänzlich verfehlten Kriegsfinanzierung anzusehen sei und führt sodann fort: Jetzt steht die Krone in Bürk auf 12 Centimes. Wenn wir so weiter wirtschaften, muß sie noch weiter sinken. Je mehr sich der Kronenfurs verschlechtert, um so ungünstiger werden natürlich die Bedingungen, zu welchen wir die notwendigen Nahrungsmittel beziehen können. Die zweite Ursache der schlechten Lage unserer Finanzen ist der Umstand, daß schon bisher ein unverhältnismäßig großer Teil der Lasten des alten Staates auf uns gefallen ist. Viele unserer Volksgenossen aus den anderen Teilen Österreichs strömen zu uns, wir haben hier den kostspieligen zentralen Apparat, eine Menge Dinge, denen gegenüber wir uns einfach nicht ablehnend verhalten können.

Auf Grund dieser wenigen maroden Biffen ist festzustellen: Die unverhältnismäßig hohen Staatsausgaben erklären sich hauptsächlich durch den enormen Aufwand für den Dienst der Staatschulden Deutschösterreichs (16,5 Millionen Kronen), für die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (358,5 Millionen Kronen), für soziale Maßnahmen und Kriegsmaßnahmen, insbesondere für Erleichterung der Lebensführung und der Ernährung (8070,5 Millionen Kronen), für die Verwaltung der Monopole (174,0 Millionen Kronen), der Staatsbetriebe (986,4 Millionen Kronen) und übrigen Staatsverwaltungszweige (629,8 Millionen Kronen), ferner durch die Höhe der Lasten aus der Teilnahme an den Liquidationsausgaben (1180,1 Millionen Kronen einschließlich des Anteiles im Dienst der Staatschulden Österreichs). Von den Ausgaben für die Verwaltung der Monopole, der Staatsbetriebe und der übrigen Staatsverwaltungszweige (zusammen 1740,2 Millionen Kronen) entfallen auf persönliche Bezüge, stammähnliche Bezüge, Löhne und Gehaltsbezüge allein für alle Ressorten zusammen rund 750 Millionen Kronen. Zugleich der unter den Kriegsmaßnahmen veranschlagten Ausgaben für Steuerungsmaßnahmen per 636,4 Millionen Kronen ergibt sich eine Gesamtpersonalaufwand von fast 1400 Millionen Kronen. Zu den Staatsausgaben stehen im Missverhältnis die Staatsfinanzen: durch die Gesamteinnahmen (8454,4 Millionen